



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 470
Fernsprecher 21831 - 33
Fernschreiber 0846890

7/XIII/25 - 30. Januar 1953

Sie veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Seiten:</u>
1 - 1a	Misslungene Verteidigung zu Adenauers Rundfunkrede	80
2 - 3	Finnlands Haushalts-Schwierigkeiten Wahltermin läßt Sanierung	63
4 - 5	Neuer Kurs der Minderheitenschulen in Polen Aufschlußreiche Bilanz des Warschauer Unterrichtsministeriums	65
6 - 7	Sorgen der Schausteller "... dann geht unser Gewerbe ein"	41
	Um die Einheit Deutschlands Ein aufschlußreicher Leserbrief	29

* * * * *

Misslungene Verteidigung

sp- Wenn es des Bundeskanzlers Absicht war, durch einen direkten Ap-
pell über den Äther/^{den} verheerenden Eindruck zu verwischen, den der Ausgang
der aussenpolitischen Debatte für die Regierung und die sie stützenden
Parteien hinterlassen hatte, dann hat er mit seiner Rundfunkrede einen
neuen Missgriff getan. Millionen Hörer verfolgten in der vorigen Woche
die grosse Auseinandersetzung im Bundestag, die Anklagen der früheren
Bundesminister Dr. Dehler und Dr. Dr. Heinemann, auf die die Regierung
keine andere Antwort zu sagen wusste, als die, sie hätten dem deutschen
Volk geschadet. Diese Ausflucht in billiges Pathos muss immer dank her-
halten, wenn der Regierung und ihrer Mehrheit unangenehme Wahrheiten ge-
sagt werden, wenn die ganze Brüchigkeit ihrer Wiedervereinigungspolitik
schonungslos enthüllt wird. Was den vergangenen Mittwoch zu einem histo-
rischen Tag in der deutschen Nachkriegszeit machte, war doch dies: Vor
aller Welt wurde offenbar, wie schlecht diese Regierung unter der acht-
jährigen Kanzlerschaft Dr. Adenauers ihre Rolle als Sachwalter des gan-
zen deutschen Volkes erfüllt, wie sie in törichter Verblendung vielleicht
mögliche Chancen einer deutschen Wiedervereinigung verrinnen liess, wie
hochmütig und in gleichbleibender Monotonie sie alle Pläne, Ideen und
Initiativen verwarf und verwirft, die geeignet sein mögen, den tödlichen
Kreislauf einer nur auf Rüstung bedachten Politik zu durchbrechen.

Dehlers und Heinemanns Angriffe trafen die wundesten Stellen des Kanz-
lers und der von ihm geführten stärksten Regierungspartei. Sie zerrissen
den Nebel, der viele Jahre lang über der deutschen politischen Landschaft
lag und in dem sich die CDU so wohl fühlte.

Was hatte Dr. Adenauer darauf zu antworten? Statt auf konkrete Vor-
würfe - und diese Vorwürfe betrafen Kernfragen der deutschen Politik -
zu antworten, beschränkte er sich in seiner Rundfunkerklärung auf vage
Ausflüchte und persönlichen Ausfälle gegen die Opposition. Nicht ein ein-
ziger Tatbestand, der in der grossen aussenpolitischen Debatte von der Op-
position enthüllt wurde, ist durch diese Rede des Bundeskanzlers entkräf-
tigt worden. Er bediente sich hier auch wiederum einiger in der Vergangen-
heit so beliebten und erfolgreichen Tricks, wie etwa den, eine solche Aus-
einandersetzung zwischen Regierung und Opposition nähre in der Sowjetunion
die Hoffnung, durch eine Spaltung innerhalb der demokratischen Parteien
des Bundestages "doch noch zu ihrem Ziele, nämlich der Bolschewisierung
ganz Deutschlands" zu kommen. Diese an die Zeit der schlimmsten Wahlreden

30. Januar 1958

E/XIII/25

erinnernde Äusserung verrät die Geisteshaltung eines Mannes, der es einfach nicht begreifen kann und will, dass es die Pflicht der Opposition ist, als Wächter der Demokratie und als ein Motor der deutschen Politik zu wirken. Adenauer identifiziert sich selbst mit der Demokratie schlechthin, jeder, der gegen ihn und seine Politik ist, gleicht in seinen Augen einem verkappten Neutralisten oder gar Bolschewisten.

Sehr lang und ausführlich hat sich der Bundeskanzler mit der Stalin-Note vom 10. März 1952 beschäftigt, um eben daraus den missglückten Beweis abzuleiten zu wollen, dass mit der Annahme dieser Note u.a. die Neutralisierung Deutschlands, die Anerkennung des Potsdamer Abkommens und die völlige Schutzlosigkeit Deutschlands verbunden gewesen wäre. Er unterschlägt dabei, dass es sich hier bei dieser Note nicht um ein festes, unabänderliches, ultimatives Programm gehandelt hat, sondern um Diskussionsvorschläge. Es ist ein völlig natürlicher Vorgang, wenn ein Staat, mit dem man zu verhandeln hat, ein Rahmenprogramm entwirft, Sache der Verhandlungen bleibt es dann, herauszufinden, wieweit dann diese betreffende Regierung und ihre Unterhändler bereit sind, Abstriche vorzunehmen und Gegenvorschläge zu akzeptieren. Was die Opposition dem Bundeskanzler und der von ihm geführten Regierung zum schweren Vorwurf machte, ist die unbestreitbare Tatsache, dass der Bundeskanzler damals und in der Folgezeit nie ernstlich bemüht war, die sowjetische Verhandlungsbereitschaft auf die Probe zu stellen.

Wohin diese Hartnäckigkeit, um nicht zu sagen, Blindheit, führte, erfahren wir mit jedem Tage immer schmerzlicher. Der Preis für die Wiedervereinigung ist seitdem mächtig angestiegen, die Konsolidierung der Bundesrepublik zu einem mit den Attributen der Souveränität versehenen Staates führte jenseits der Elbe zum Erstehen eines zweiten deutschen Staates. Damals, im Frühjahr 1952, gab es noch kein Gerede von der Erhaltung "sozialer Errungenschaften", hatte die Sowjetunion noch nicht die faule Ausrede, die Lösung der deutschen Frage auf die Ebene von Verhandlungen zwischen Bonn mit Pankow zu beschränken.

Das seinerzeit als Wundermittel angepriesene Rezept, durch militärische Stärke die Sowjetunion zum Verhandlungstisch zu zwingen, versagte kläglich vor den Realitäten.

Offensichtlich war dem Bundeskanzler, als er die Flucht in die Öffentlichkeit wählte, bei seiner Rundfunkrede nicht ganz wohl zumute; eine schlechte Sache lässt sich eben nicht gut vertreten. Was er unterliess, was er verschwieg, dürften die Oppositionssprecher der SPD und der FDP im Rundfunk nachholen. Das ist der einzige Lichtblick, den Adenauers Rechtfertigungsversuch für die deutsche Öffentlichkeit enthält. + + +

Finnlands Haushalts-Schwierigkeiten

Von unserem skandinavischen Korrespondenten

Als die letzte, auf eine Reichstagsmehrheit gestützte finnische Regierung, das sozialdemokratisch-agrarische Kabinett Fagerholm, vor Jahresfrist einen Reichsbank-Kredit aufnehmen wollte, um die leeren Staatskassen zu füllen, attackierte der damalige Reichsbank-Chef Dr. Fieandt die Regierung deshalb in schärfsten Ausdrücken. Nach einem kurzen Zwischenspiel des Agrariers Dr. Sukselainen als Chef einer gegen alle Spielregeln des Parlamentarismus gebildeten Regierung ist nun Dr. Fieandt selbst seit Ende November Chef einer Regierung, die ohne Parteirücksichten ausschliesslich aus Fachleuten besteht.

Dr. Fieandt hatte im Einvernehmen mit Dr. Sukselainen vorigen Herbst eine neuerliche Abwertung der schon oft devalvierten Finnmark vorgenommen, um dem Aussenhandel gesündere Grundlagen zu geben, d.h. einerseits die Einfuhr so zu verteuern, dass das sehr komplizierte Lizenzwesen weitgehend abgebaut werden konnte, und zwar ohne westliche Gefährdung der Devisenbestände, andererseits der stagnierenden Exportindustrie neue Impulse zu geben. Als nach dem Sturze Dr. Sukselainens sieben Wochen Parteiverhandlungen hinsichtlich aller denkbaren Regierungskombinationen ergebnislos blieben, entschloss sich Dr. Fieandt zur Bildung des Fachleute-Kabinetts wohl vor allem deshalb, weil er die Möglichkeiten, welche die Devaluierung für die Sanierung der finnischen Volkswirtschaft geboten hat, auswerten wollte.

Nach zwei Monaten Beamtenregierung sind die Staatskassen wieder einmal so leer, dass Kredit aufgenommen werden musste. Der gleiche Dr. Fieandt, welcher als Reichsbank-Präsident Kredite an die Regierung brüsk abgelehnt hatte, sah sich als Ministerpräsident nun gezwungen, für seine Regierung Kredite zu suchen. Er erhielt vier Milliarden Finnmark, aber nicht direkt von der Reichsbank, sondern indirekt durch Vermittlung dreier Privatbanken. Dieser Umweg trieb die Zinsenkosten auf die Rekordhöhe von 15%. Überdies musste Dr. Fieandt sich von seinem Nachfolger Dr. Waris - der vorsichtigerweise die Aufforderung zur Regierungsbildung abgelehnt hatte - sagen lassen, dass die Regierung den Staatshaushalt ins Gleichgewicht bringen solle, da die letzte Kreditmöglichkeit nun endgültig erschöpft sei - ungefähr die gleiche Ermahnung hatte Dr. Fieandt selbst an Fagerholm gerichtet.

30. Januar 1958

So wie Fagerholm hatte auch Dr. Fieandt versucht, den Staatshaushalt auszugleichen. Dr. Fieandts Regierung hatte dem Reichstag ein Sparprogramm in Höhe von 10,6 Milliarden Finnmark vorgelegt. Die Regierungspropositionen sind aber bis auf geringfügige Ausnahmen von Sozialdemokraten und Kommunisten mit der Begründung abgelehnt worden, dass die Lasten der Budgetgesundung einseitig auf die Arbeiter abgewälzt worden wären. Während der Winterferien des finnischen Reichstages arbeitet nun die Regierung neue Vorschläge aus.

Die sachliche Kompetenz kann man der Beamten-Regierung Dr. Fieandt kaum absprechen. Worauf es aber in Finnland vor allem ankommt, ist die Schaffung einer neuen Vertrauensbasis für eine parlamentarisch gestützte Regierung, die allein imstande wäre, die Sanierungslasten einigermaßen gerecht auf alle Bevölkerungsschichten aufzuteilen. Dies ist eine politische Aufgabe, die wohl ausserhalb Dr. Fieandts Kompetenzbereichs liegt.

Allerdings könnte auch ein erfahrener und das allgemeine Vertrauen geniessender Politiker gegenwärtig kaum erfolgreich sein. Die nahe bevorstehenden Regierungswahlen werfen nämlich ihre Schatten voraus. Sie halten die Parteien zurück, drastisch fühlbaren Sanierungsmassnahmen zuzustimmen. Überdies ist die Bildung einer Regierungsmehrheit sehr erschwert, weil die grösste Partei des Landes, die Sozialdemokratie, in Fraktionskämpfe verwickelt ist, die ihre Aktionsfähigkeit hemmen. Vor wenigen Tagen hat sich in diesem Zusammenhang eine Aufspaltung des Gewerkschaftsbundes angebahnt und bei Aufstellung der Kandidatenlisten für die Reichstagswahlen kann es leicht zu Abspaltungen von der sozialdemokratischen Partei kommen. Die Lahmlegung dieser grossen Partei veranschaulicht für jedermann, welche Bedeutung die Sozialdemokratie für das Funktionieren der Demokratie in Finnland hat.

Dr. Fieandts Regierung wird trotz aller Schwierigkeiten wohl bis zum Zusammentreten des neuen Reichstages bestehen bleiben. Man kann aber von ihr kaum grosse Lösungen erwarten.

Neuer Kurs der Minderheitenschulen in Polen

Einen sehr anschaulichen Gradmesser für das gewandelte Verhältnis zwischen dem polnischen Staat und seinen nationalen Minderheiten bietet die Entwicklung des fremdsprachigen Schulwesens jenseits der Oder-Neisse. Im Gegensatz zu früheren Jahren, da man noch lebhaft bemüht war, den Eindruck zu erwecken, als gebe es auf polnisch verwaltetem Boden nur verschwindende Splittergruppen fremden Volkstums - die Zahl der noch jenseits der Oder-Neisse lebenden Deutschen wurde bekanntlich von offiziellen Warschauer Stellen im Jahre 1956 nur mit knapp 65 000 angegeben - kann man nicht umhin, heute zuzugeben, dass "die Minderheiten-Politik des ersten Nachkriegsjahrzehnts falsch war und Polen mehr geschadet als genutzt hat" - "Zycie Warszawy" vom 12. April 1957.

Einer soeben bekanntgegebenen Bilanz des polnischen Unterrichts-Ministeriums zufolge gibt es heute "in verschiedenen Teilen des Landes, vorwiegend jedoch in den Westwojewództen" 228 Schulen mit fremder Unterrichtssprache und darüber hinaus etwa 20 Schulen, "in denen die Sprache bestimmter Minderheitengruppen als obligatorisch eingeführt" ist. Die Aufschlüsselung und Verteilung dieses fremdsprachigen Lehranstalten ist insofern von besonderem Interesse, als sie wertvolle Hinweise dafür vermitteln, welche Bedeutung man in polnischen Regierungskreisen den einzelnen Minderheitengruppen beimisst.

Krasses Verhältnis

Da springt vor allem ins Auge, dass - insgesamt gerechnet - eine Zahl von nicht ganz 250 Schulen für sieben nationale Minderheitengruppen (Ukrainer, Weissrussen, Slowaken, Juden, Litauer, Tschechen und Deutsche - mit einer tatsächlichen Kopfzahl von - vorsichtig geschätzt - eineinhalb Millionen Menschen nach wie vor sehr gering ist. Darüber hinaus gestattet die Zahl der fremdsprachigen Schulen in einzelnen keineswegs einen Rückschluss auf die wirkliche Zahl der jeweiligen Minderheiten-Gruppen. So verfügt zum Beispiel die ukrainische Jugend in Polen nur über zwei Schulen, die von 60 Kindern besucht werden; die litauische Jugend hingegen, deren Gesamtzahl gegenüber den Ukrainern im Verhältnis 1 : 20 steht, über 5 Schulen. 30 Schulen mit slowakischer Unterrichtssprache steht lediglich eine einzige tschechische Schule gegenüber.

Für Kinder jüdischer Abstammung gibt es 7 Schulen mit jüdischer Unterrichtssprache und 2 Lyzeen, die Kinder weissrussischer Eltern sind mit 56 Schulen - gemessen an ihrer Gesamtzahl - relativ am besten gestellt.

Der Löwenanteil fremdsprachiger Schulen in "Volkspolen" entfällt mit 123 Volksschulen, 2 Mittelschulen und einem pädagogischen Lyzeum auf die deutsche Volksgruppe. Es ist jedoch bemerkenswert, dass alle diese Lehranstalten nach wie vor in Gebieten mit einer verhältnismässig geringen Zahl alteingesessener Restbevölkerung liegen, d.h. in Pommern, Ostbrandenburg und Niederschlesien; eine einzige Ausnahme bildet das Waldenburger Bergland mit seiner geschlossenen Deutschtums-Gruppe. In Oberschlesien sowie im südlichen Ostpreussen, d.h. in den Landschaften mit dem stärksten Deutschtums-Anteil gibt es keine deutschsprachigen Schulen. Das gleiche gilt für Danzig, Westpreussen, den Posener Raum und Zentralpolen, wo man die Deutschen nach wie vor durchweg als "Autochthone" klassifiziert.

Keine sowjetzonalen Lehrbücher mehr

Die Unterrichtsmethoden haben sich - wie das im Zeichen des Gowulke-Kurses nicht anders zu erwarten war - ebenso gewandelt wie das Lehrbuch-Material. Bei der Einstellung von Lehrern ist nicht mehr das kommunistische Parteibuch ausschlaggebend, Angehörige der deutschen Volksgruppe haben vielfach die gleichen Chancen wie polnische Lehramts-Kandidaten. Der Geschichts- und Gegenwartskunde-Unterricht erfolgt nach neuen Richtlinien, der russische Sprachunterricht ist nicht mehr obligatorisch.

Als besonders kennzeichnend für die Situation ist eine Ankündigung des Warschauer Unterrichts-Ministeriums anzusehen, der zufolge "alle in Zukunft zur Verwendung kommenden Lehrbücher in Polen hergestellt" sein sollen. Das bedeutet mit anderen Worten die Ausschaltung des bisher zum Teil aus sowjetzonalen Verlagen bezogenen Schulbuch-Materials. Daß es ungeachtet dieser Sachlage falsch wäre, sich hinsichtlich einer wirklicher Umwandlung der deutschsprachigen Schulen in Polen etwa in freizügige Lehranstalten westlichen Stils Illusionen hinzugeben, steht auf einem besonderen Blatt.

Sorgen der Schausteller

mu Kiel

Die Männer der leichten Unterhaltung auf den Jahrmärkten, Kirnveranstaltungen, Oktoberfesten oder Weihnachtsmärkten, die Schausteller nämlich, haben ganz erhebliche Sorgen. Das zeigte sich auf dem neunten Delegiertentag des Deutschen Schaustellerbundes, der Ende Januar in Kiel stattfand.

Es gibt im Bundesgebiet immerhin 5 000 bis 6 000 Schaustellerbetriebe. Wenn es sich dabei in der Mehrzahl auch um Familienbetriebe handelt, also um einen Sektor des Mittelstandes, so sind bei diesen Unternehmen ausserdem 15 000 bis 20 000 Arbeitnehmer beschäftigt. Die rund 200 Delegierten, die nach Kiel gekommen waren, hielten mit einer Kritik an der Bundesregierung nicht zurück. Sie schickten Telegramme an Verkehrsminister Seehörm, Wirtschaftsminister Erhard und Finanzminister Etzel.

Da sind einmal die Paragraphen 4 und 6 des Güterkraftverkehrsgesetzes. Die Schausteller möchten von der Beförderungssteuer ausgenommen werden. Sie wollen da, wie früher, der Forst- und Landwirtschaft gleichgestellt werden, auch hinsichtlich der Anhängersteuer. Ausserdem streben sie einen Erlass von der Strassenverkehrssteuer an, wie er ebenfalls für die Landwirtschaft gültig ist. Sie wollen, dass ihr Gastspielort gleich Standort ist, damit ein in Hamburg beheimateter Schausteller, der etwa nur von München nach Augsburg fährt, nicht noch für die Entfernung von Hamburg nach München Steuern zahlen muss. Vor allem müssten, so erläuterten die Delegierten der Schausteller in Kiel, ihre Traktoren als Arbeitsmaschinen anerkannt und steuerlich freigestellt werden, denn diese Maschinen dienen ja hauptsächlich zur Energieerzeugung auf den Jahrmärkten und sind nur zum geringen Teil Fahrzeuge.

Der 1. Vorsitzende des Deutschen Schaustellerbundes, Alfred Fliege aus Kassel, sagte: "Wenn von uns alle möglichen Steuern erhoben werden, dann geht unser Gewerbe ein, das ist keine Propagandaphrase. Wir sind jetzt in eine Situation gekommen, der wir nicht gewachsen sind. Sie ist auch eingetreten, weil die Preise ständig erhöht werden. Wir haben uns bemüht, seit der Währungsreform einen Preisstopp einzuhalten - abgesehen von neuartigen Attraktionen - aber jetzt hat auch die Bundesbahn ihre Tarife für unsere Transporte erhöht".

Ein wenig wehnütig sprachen die Delegierten von der Unterstützung, welche Schausteller beispielsweise in Holland bekommen. Die dortige

Regierung gewährt die genannten Steuernachlässe im allgemeinen. Sie hat sogar fahrbare Schulen eingerichtet, die den Jahrmärkten nachfahren, damit die Kinder der Schausteller neben einem geordneten Schulunterricht auch das Elternhaus nicht zu vermissen brauchen. In Deutschland müssen die Kinder der Schausteller entweder in Internaten untergebracht, oder bei Verwandten zurückgelassen werden.

* * *

Um die Einheit Deutschlands

Die "Süddeutsche Zeitung" veröffentlichte dieser Tage nachstehende Leserkorrespondenz. Ihr Verfasser ist der frühere CDU-Bundestagsabgeordnete M.J. Mehs.

*

"Ich möchte Ihnen meine Anerkennung ausdrücken für die mutigen Worte, mit denen Sie in dem mir erst jetzt zu Gesicht gekommenen Nachruf auf Dr. Pfeleiderer seine Bedeutung hervorhoben. Ich habe Herrn Pfeleiderer im ersten Bundestag, dem ich angehörte, kennengelernt und mich gerade über sein Herzensanliegen, die Deutsche Einheit, mit ihm unterhalten. Ich hatte, obschon der CDU angehörend, eine eigene Konzeption entwickelt, um die Russen zur Freigabe der Ostzone zu bewegen: die bewaffnete Neutralität Kontinental-Europas, nicht Deutschlands allein. Herr Pfeleiderer hielt zunächst diese Idee für zu weitgehend, hat aber bald in einer zweiten Denkschrift, die im allgemeinen nicht bekannt ist, sich meiner Auffassung genähert, um dann in einer dritten Variation die etwas abgeänderte erste Konzeption wieder als das Nächstliegende herauszustellen. Jedenfalls waren wir beiden die einzigen der Regierungskoalition, er von der FDP, ich von der CDU, die am 19.3.1953 gegen die Verträge stimmten, weil wir der Überzeugung waren, dass dadurch die Wiedervereinigung unmöglich gemacht würde.

Die Folgezeit hat uns recht gegeben, Herr Pfeleiderer wurde als Botschafter in Belgrad auf ein anderes Gleis geschoben, ich wurde natürlich in meinem Wahlkreis nicht mehr aufgestellt, denn wie könnte ein CDU-Mann eine andere Auffassung haben als Herr Adenauer! Jedenfalls ist Bonn der deutschen Einheit keinen Schritt nähergekommen, wir sind von ihr heute weiter entfernt als je, und wenn Bonn jetzt nicht die Vorschläge Kennans studiert und aufgreift, die Gedankengut Pfeleiderers enthalten, wird es wohl nie mehr zu einer deutschen Einheit kommen."

M.J.Mehs, Wittlich/Rhld., Postfach
Nr. 50

* * *

Verantwortlich: i.V. Albert Exler